

nicht vergessen, daß hinter dem deutschen Katholizismus ein geschlossenes Glaubens- und Weltanschauungssystem steht, das seine Glieder bindet und zu gelegener Zeit immer die Grundfähigkeit und Unbedingtheit seiner Lehren zur Anerkennung bringen wird, daß neben den Vätern der Kirche immer seine große und zu- letzt entscheidende Rolle spielen wird. Organe wie die Petrusblätter in Eribe, die weder auf die weltliche Haltung der Laienkreise noch auf die tatsächlichen Erfordernisse der Wahlperiode Rücksicht nehmen, bringen das denn auch unanwunden zum Ausdruck. In einer Besprechung des Programms der bairischen Volkspartei (des bairischen Zentrums) am 31. Dezember 1918 lehnen diese geistlichen Zentrumsmitglieder rundweg alles verführerische Eingehen auf das Daseinsrecht der evangelischen Kirche ab. „Es gibt nur eine christliche Kirche und Sekle. Von „Christlichen Kirchen“ darf ein Katholik nicht sprechen, ohne sich einen schweren Irrtum schuldig zu machen.“ Das entspricht durchaus dem kirchlichen Gebot, und kein Katholik kann und will daran etwas ändern.

Aus diesem Grunde gefährden die idealistischen Hoffnungen auf eine Annäherung der beiden Konfessionen, die die Kundgebung des Bundes christlicher Demokraten zum Ausdruck bringt, mehr die Stellung des Protestantismus, als daß sie ihm nützen. Aber es könnten dabei irdische Bestrebungen, die eine Verführung der christlichen Kirchen im Sinne einer höheren Einheit zum Ziele haben, mitsprechen, und zumal der dogmatisch freiere Protestant kann dafür ein hohes Verständnis aufbringen. Aber, wie man auch von evangelischer Seite zu diesem Problem Stellung nimmt, das muß doch unersättlicher Vorbedingung sein: daß bei dem Vereinigungsversuch von dem Glaubens- und Weltanschauungssystem des Protestantismus nichts Wertvolles und Wesentliches verloren geht. So wie die Dinge heute liegen, ist das aber nun und nimmermehr zu erwarten. Zu der erwähnten Erklärung greifen die Petrusblätter den im Programm der bairischen Volkspartei stehenden Satz auf, daß der Katholik und der Protestant sein Tiefstes und Bestes aus seiner Konfession schöpfe, und sie erklären dagegen: „Das ist ein Irrtum. Wir kennen die Lehre von der alleinigmächtigenden Kirche. Viele Kirche schließt keinen schuldlos Irrenden vom Heile aus, aber sie lehrt, daß dieser schuldlos Irrende sein Tiefstes und Bestes, das Heil, nicht von seinem Irrtum, sondern aus seiner geistigen Zugehörigkeit zur katholischen Kirche schöpft.“ So und nicht anders nimmt Rom Stellung, und darauf kommt es zuletzt an. Solange der deutsche Katholizismus sein kirchliches System nicht geändert hat, bleibt das alte Wort bestehen: Qui moue du pape, en meurt, und die Protestanten, die es in diesen Tagen vergessen, tun ihrem Glauben, für den sie eintreten wollen, damit den äußerlichsteften Dienst.

### Die Erklärung der unabhängigen Minister über ihren Rücktritt

Dresden, 16. Januar. (Drahtbericht.) Erklärung der zurückgetretenen drei sächsischen Minister der U. S. P.:  
Am Freitag, den 10. Januar, fand im Anschluß an eine Versammlung im Zirkus Carlant in Dresden eine Demonstration statt, die zu einem Zusammenstoß auf dem Wettiner Platz vor dem Gebäude der „Dresdner Volkszeitung“ führte. In der Verächtung, es solle, wie in Berlin und anderen Orten, von den Kommunisten der Zeitungsbetrieb gestört werden, wurde von der Militärmacht auf die Menge geschossen; außerdem wurden aus den oberen Stockwerken Strengern auf die Menge geworfen. Insgesamt wurden zwölf Demonstranten getötet und 32 Personen, zum Teil Unbeteiligte, verletzt. Verletzt wurde auch die Schuld an diesem Verbrechen trägt, soll die Untersuchung durch die Behörden stattfinden. Einem Antrag des Volksbeauftragten Fleißner, eine feste Kommission mit der Feststellung des Tatbestandes zu betrauen, die dem Gesamtministerium Bericht erstatten soll, wurde von den Mitgliedern der Regierung der Mehrheitssozialisten als ein Eingreifen in beherrschende Maßnahmen abgelehnt.

Am Nachmittag desselben Tages erfuhr der frühere Reichstagsabgeordnete Otto Rühle, der nicht an der Demonstration beteiligt war, von dem Vorfall und wandte sich beschwerdend an den Vorsitzenden des Volksrates des Arbeiter- und Soldatenrates in Dresden, Reuring. Bei dieser Gelegenheit legte Reuring dem Rühle ein Flugblatt des Kommunistenbundes vor, in dem erklärt worden war, daß die Wahlen zur Nationalversammlung mit allen Mitteln verhindert werden sollen, und frönte Rühle, wie er diesen Satz verstand. Darauf soll Rühle nach Anrufen von Reuring erklärt haben: „Wenn wir die Wahlen nicht verhindern können, dann werden wir die Nationalversammlung mit Gewalt verhindern.“ Daraufhin wurde Rühle auf Anordnung von Reuring durch Matrosen verhaftet. Dem Volksbeauftragten Lipinski, der bald darauf mit Reuring und Reuring wegen der Dresdner Verhältnisse verhandelte, wurde die Verhaftung Rühles verschwiegen, und auf eine am Montagmorgen erfolgte telefonische Anfrage erklärte Reuring dem Volksbeauftragten Lipinski, es gebe ihm gar nichts an, wo Rühle wolle, er solle sich um Leipziger Verhältnisse kümmern, und brach das Gespräch durch Anrufen des Hörsers ab. Inzwischen wurde festgestellt, daß zehn Zivilpersonen und vier Militärschergen verhaftet worden seien. Den Angehörigen der Verhafteten wurde jede Auskunft darüber von Reuring und Rühlesherb des Volksbeauftragten verweigert, wo sich die Inhaftierten befanden. Deshalb ordnete der Volksbeauftragte des Innern Lipinski an, daß die Inhaftierten dem ordentlichen zuständigen Richter zugewiesen werden müßten. Erst am Donnerstag konnte festgestellt werden, daß sie am 11. Januar dem Landgericht Dresden am Münchner Platz zugewiesen worden waren. Ingebeten Beweis, daß Rühle die Demonstration veranlaßt oder ihr beigegeben hat, ergibt sich aus dem Akten des Untersuchungsrichters nicht; es ist vielmehr im alten Polizeistift verhaftet worden, einen Landfriedensbruchprozess gegen Rühle und die anderen Verhafteten zu konstruieren.

Nach diesem Vorgang hob der Ehrenauswärtiger des Arbeiter- und Soldatenrates Dresden für die Kommunisten das Versammlungsrecht auf und erließ gegen die von der Unabhängigen Partei für Sonnabend veranstaltete Demonstration einen Verbot. Bei Lebensgefahr! Keiner dreue auf dem Theaterplatz! Keiner beteilige sich an der Demonstration! Der revolutionäre Arbeiter- und Soldatenrat!

Es wurde also ein doppelter Eingriff in das Recht der Versammlungsfreiheit verübt, einmal das Verbot der Versammlungen, zweitens die Einschüchterung friedlicher Demonstranten durch Inanspruchnahme der Anwendung von Gewalt. Diese Anordnungen wurden getroffen, ohne daß dieses Mitglied der Unabh. Partei des Ehrenauswärtigen davon Kenntnis erhielt oder zur Beschäftigung hinzugezogen wurde. Diesen Eingriff in die Rechte der Regierung korrigierte der Volksbeauftragte Lipinski durch Aufhebung des Versammlungsverbotes. Inzwischen demonstrierten die Pirnaer Arbeiter gegen die Vorgänge in Dresden und verlangten die Freilassung Rühles. Das Gesamtministerium nahm am Dienstag, dem 14. Januar, hierzu mit der Behauptung Stellung, die Kommunisten wollten mit Gewalt die Wahlen zur Nationalversammlung verhindern. Nach eingehender Aussprache wurde einstimmig beschlossen, die Volksbeauftragten Lipinski und Schwarz zu einer Vollversammlung des Arbeiter- und Soldatenrats in Pirna zu delegieren, um mit ihr wegen den obigen zwei Fragen zu verhandeln. Sie erhielten Vollmacht, zu erklären, daß, wenn die Behinderung der Wahlen nicht stattfinden sollte, sie sich mit ihrer Person für die Freilassung Rühles einsetzen sollten, soweit ihnen nicht strafbare Handlungen nachgewiesen werden. Von diesem Vorhaben erhielt Reuring durch den Volksbeauftragten Schwarz Kenntnis. Trotdem wurde auf Anordnung des Ehrenauswärtigen des Arbeiter- und Soldatenrats in Pirna, der Gewerkschaftsangehörige Michael Kimmich, am Morgen des 15. Januar, früh 4 Uhr, in seiner Wohnung in Mühlberg bei Pirna verhaftet, weil in seinem Hause Waffen gefunden wurden.

In der Versammlung des A- und S-Rates in Pirna wurde festgestellt, selbst von Anhängern der Mehrheitspartei, daß in keiner Versammlung des A- und S-Rates von Pirna die Verbindung der Nationalwahlen besprochen worden sei; im Gegenteil, bereits am 15. Januar 1919, vor der Versammlung, hatte der A- und S-Rat folgende Erklärung im Pirnaer Amtsblatt veröffentlicht:

Am den unflätigen Gerüchten im Bürgerum ein Ende zu machen, erklärt der diesige A- und S-Rat, daß anlässlich der am kommenden Sonntag stattfindenden Nationalratswahlen keine Gewalttätigkeiten geduldet und etwa vorkommende Unruhen von Sicherheitskräften sofort unterdrückt werden. Von der Bevölkerung wird erwartet, daß sie keinerlei Anlaß zum Einschreiten gibt. Pirna, den 14. Januar 1919. Der Arbeiter- und Soldatenrat.  
Die Versammlung des A- und S-Rates machte sich diese Erklärung vollständig zu eigen.

Gegenüber der Verhaftung Kimmichs wurde festgestellt, daß der Arbeiter- und Soldatenrat die Waffen öffentlich in das Gebäude des Fabrikarbeiterverbandes in Mühlberg überführt hat, in dem Kimmich wohnt und dieses Gebäude als ein öffentliches bezeichnet. Die Verhaftung Kimmichs erfolgte, weil er unberechtigt ein Waffenlager gehalten und keinen Waffenschein habe.

Nun geben die beiden Volksbeauftragten Lipinski und Schwarz die in Dresden vereinbarte Erklärung ab, daß sie sich mit ihrer Person für die Freilassung Rühles und Kimmichs einsetzen werden, auch für die anderen Verhafteten insoweit, als ihnen nicht strafbare Handlungen zur Last gelegt würden.

Unmittelbar darauf fand nachmittags 8 Uhr in Dresden eine Gesamtsitzung des Ministeriums statt, in der nach dem erstatteten Bericht der Volksbeauftragten Dr. Oranauer sich hinter formelle Bedenken versteckte und erst nach langem Zögern sich bereit erklärte, Kimmichs Freilassung zuzulassen, die noch am selben Tage verfügt wurde. Über Rühle wurde Auskunft vom Untersuchungsrichter eingeholt und am Donnerstag früh zur Sitzung die Akten herbeigezogen. Obgleich auch aus diesen Akten Rühle keine strafbare Handlung bzw. der Demonstration am Freitag, dem 10. Januar, nachgewiesen wurde, ist über Rühle der Haftbefehl wegen einfachen Landfriedensbruchs und Kolliisionsgefahr verfügt worden.

Trotz dieser Feststellung konnte der Volksbeauftragte Oranauer sich zu keiner Handlung entschließen. Am Abend zuvor hatte das Gesamtministerium die Auslieferung des Landrates der A- und S-Räte Rühle beschließen. Dieser erschien aber nicht, sondern beorderte die Volksbeauftragten Schwarz, Oranauer und Schwarz nach dem Gebäude zu einer Sondersitzung.

Da die Eingriffe des Dresdner Arbeiter- und Soldatenrates in die Rechte des Ministeriums durch das Gesamtministerium nicht korrigiert und weiter die am Dienstag den beiden Volksbeauftragten gegebene Zusage für die Freilassung Rühles nicht erfüllt worden ist, halten die unterzeichneten Volksbeauftragten es mit ihrer politischen Überzeugung nicht vereinbar, im Ministerium zu verbleiben. Sie haben alles getan, um den blutigen Verbrechen in Sachsen zu hindern. Die Schuld daran tragen jene Volksbeauftragten, die nicht den Mut und die Kraft fanden, aus eigener Verantwortung Entschlüsse dazu zu fassen.

Sie legen deshalb ihre Ämter als Volksbeauftragte nieder.  
Fleißner, Geper, Lipinski

△ Dresden, 17. Januar. (Drahtbericht.) Unserer Dresdner Schriftleitung. Der Vorstand der Mehrheitssozialisten hat zu dem Rücktritt der drei unabhängigen Minister Fleißner, Geper und Lipinski noch keine Stellung genommen. Er will der Entscheidung des Zentralrates des A- und S-Landesrats, der am 27. Dezember genehmigt wurde, nicht vorgehen. Dieser wird am Montag, dem 20. Januar, zu einer Beratung zusammenzutreten, in der sich mit der durch den Rücktritt geschaffenen Situation zu befassen. In der Welt der Entscheidung lassen wird, läßt sich natürlich nicht voraussehen. Ob die drei Ministerien noch befehrt werden oder ob man bis zu den Wahlen zur sächsischen Volksversammlung die Stellen unbesetzt lassen wird, ist ungewiß. Sollten aber bis dahin neue Minister ernannt werden, so werden sie bestimmt nur aus den Mehrheitssozialisten einnehmen.

### Die Aufgaben und Ziele der deutschen Friedensdelegation

Berlin, 17. Januar. (Drahtbericht.) Die Reichsregierung beschließt sich in ihren letzten Kabinettsitzungen unter Leitung des Staatssekretärs des Auswärtigen, die Delegation zur Friedenskonferenz zusammenzustellen. Zu Leitern der Abordnung bestimmte der Staatssekretär des Auswärtigen Graf Brockdorff-Rantzau und der Volksbeauftragte Scheidemann; ihnen wird ein Stab diplomatischer, wirtschaftlicher und rechtspolitischer Referenten beigeordnet werden. Die Abordnung wird in ihrer Zusammenfassung das neue Deutschland zur Darstellung bringen. Nach über die Richtlinien, an die sich die deutschen Vertreter auf der Friedenskonferenz zu halten haben, ist Arbeit und Uebereinstimmung erzielt worden; vor allem ist sich die Reichsregierung der Verantwortung bewußt, die ihr durch die Annahme des Wilsonschen Programms auferlegt ist. Sie alle zu dessen Durchführung erforderliche nachdrücklich betreiben und jede damit übernommene Verpflichtung streng einhalten wird, so muß sie andererseits die Forderungen anderer berechtigter Gegner ablehnen, die über jenes Programm hinausgehen, und sie darf die Grenzen nicht überschreiten lassen, die der Behauptung der jungen deutschen Republik als Staatsoberhaupt und Wirtschaftskörper gezogen sind. Sie muß sich der Welterfüllung des Wilsonschen Programms nach dem Friedensschluß widersetzen. Unsere Vertreter haben sich dafür eingesetzt, daß alle wirtschaftlichen Kampfmaßnahmen sofort eingestellt und dadurch die geschädigten Privatrechte soweit wie möglich wiederhergestellt werden. Es wird unerbittlich eine auf Willkür und Berechnung beruhende Vereinbarung über die gegenseitige Einfuhr von Rohstoffen und Lebensmitteln zu treffen und für die Zukunft eine wirtschaftliche Annäherung der Völker unter möglichst gleichmäßigen Bedingungen anzustreben. Dazu gehört namentlich, daß die Fragen des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung auf der Grundlage der von den letzten internationalen Kongressen darüber gefassten Beschlüsse von allen beteiligten Staaten tunlichst gleichmäßig geregelt werden. Weiterhin werden unsere Vertreter zu erklären haben, daß Deutschland bereit ist, gemeinsam mit den anderen Staaten zu Lande, zur See und in der Luft abzurufen und die zur Ausführung dieses schwierigen Problems erforderlichen Verpflichtungen unter Voraussetzung der Gegenseitigkeit einzugehen. Letztendlich hat sich in Deutschland durch die Ausführung der Waffenstillstandsbedingungen keine Abstrich im wesentlichen schon vollzogen, um so weniger ist es gerechtfertigt, daß unsere Gegner die kriegsgewonnenen Deutschen immer noch hinter Stacheldraht schmachten lassen, während wir unsere Gefangenen freigeben mußten. Die Delegierten sind angewiesen, auf der Heimleitung aller gefangenen Deutschen schon bei Beginn der Verhandlungen nachdrücklich zu bestehen. Sie werden ferner für die Wiedereinführung Deutschlands in seine kolonialen Rechte im Rahmen des Wilsonschen Programms einzutreten haben und dabei die Sorge für das Wohl der eingeborenen Bevölkerung als gemeinsame Pflicht aller Völker und europäischen Kulturkreise zu betonen. Bei Behandlung der territorialen Fragen in Europa und Vorderasien werden unsere Unterhändler das große Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes der Völker ebensofortzugewinnen anderer anerkennen, wie sie es zugunsten des deutschen Volkes in Anspruch nehmen müssen. Dies gilt insbesondere für die polnische und litauische litauische Frage. Unsere Vertreter sind schließlich angewiesen, nach allen ihren Kräften die Errichtung eines Völkerbundes im Geiste der Wilsonschen Vorlesung und in Verbindung mit der internationalen Schlichtungsstelle zu fördern, weil hierdurch allein der Zustand dauernden Friedens verhängt wird.

Paris, 16. Januar. (Drahtbericht.) — (Amst.) Der Präsident der Vereinigten Staaten und die Premierminister und Minister des Auswärtigen der alliierten und assoziierten Mächte hielten im Beisein der japanischen Befandten in London und Paris vormittags von 10½ bis 12½ Uhr eine Sitzung im Ministerium des Auswärtigen ab. Sie sprachen über die Beziehungen zwischen Konferenz und Presse und beschlossen, sich heute 3 Uhr unter Ausleitung der fremden Presse und der alliierten Pressevertreter zu einem Meinungsaustausch über die beste Arbeitsmethode zu versammeln. Diese Versammlung beschäftigte sich hierauf mit der Prüfung der Lage in Rußland und beschloß, daß sich die Regierungen die letzten eingegangenen Nachrichten mitteilen sollten, um sie gemeinsam zu prüfen. Die nächste Sitzung wird Freitag, 10.30 Uhr vormittags, stattfinden.

## Noch etwas von den Deutschnationalen

Von  
Fabrikbesitzer Hugo Graf, Leipzig.

Hinter der Deutschnationalen Volkspartei stehen die alten Konservativen, die Antisemiten, der Bund der Landwirte, die Altsächsischen und alle die Gruppen, die bisher den Konservativen Befolgung geleistet haben. Bewußt mancher, der dem politischen Leben bisher ferngeblieben hat, mancher wohlbekannter Patriot mag sich dieser Partei in den letzten Wochen angeschlossen haben, irreführt von dem prunkenden Parteianamen „Deutschnationale Volkspartei“. Daß uns heute die Deutschnationale Volkspartei die konservative Politik im Wahlkampf vergessen machen will, ist begreiflich. Darum klingt es aus den deutschnationalen Kundgebungen auch ganz anders heraus. Um so notwendiger ist es daher, die Worte der Deutschnationalen kritisch nachzuprüfen.

In einem Wahlausfrage der Deutschnationalen Volkspartei in Leipzig steht zu lesen: „Die Revolution hat statt eines Friedens der Verständigung unsere völlige Unterwerfung gebracht.“ Das könnte den Anschein erwecken, als seien die Konservativen Anhänger eines Verständigungsfriedens gewesen. Von keiner Seite aber sind diejenigen, die eine Verständigung und einen Ausgleich mit unseren Feinden erstreben, härter und gebärdiger behauptet worden, als von den Konservativen. Die Konservativen wollten einen sogenannten „starken deutschen Frieden“ mit weitestgehenden Kriegsgewinnen. Sie haben aus dem Verteilungskriege, in den das deutsche Volk 1914 einmütig eingetreten war, unter Führung von Tirpitz, Ludendorff, Herrm. v. Helldorf und dem Grafen Westarp einen Eroberungskrieg gemacht und uns dadurch an den Rand des Abgrundes geführt. Die konservative Rechts- und Kriegspolitik hat den Ruhrboden für die Revolution vorbereitet.

Der erwähnte deutschnationale Wahlausfrage spricht weiterhin von der Monarchie. Die Deutschnationale Volkspartei erkaufte in der Monarchie die für das deutsche Volk geeignetste Staatsform. Die 22 früheren deutschen Bundesfürsten zurückzuführen, heißt das deutsche Volk in einen fürchterlichen Bürgerkrieg hineintreiben. Das wissen auch die Deutschnationalen. Niemand, der sein deutsches Vaterland lieb hat, wird den Bürgerkrieg wollen. Deshalb ist es heute unangebracht, sich für den monarchischen Gedanken einzusetzen, bloß um auf die Gefühle gewisser Volkskreise Eindruck zu machen. Wie war es denn in Wahrheit um die monarchische Gesinnung und Treue der Konservativen in der Vergangenheit bestellt? Nur solange stellten sich die Konservativen in den Dienst der Monarchie, als die Interessen der Monarchie und der Konservativen zusammengingen. Darüber hinaus machten sie Opposition, sobald ihre unmittelbaren Interessen verletzt wurden. Dafür gibt es viele Beispiele in unserer Geschichte. Noch im Jahre 1902 bei den Kämpfen um den Zolltarif schrieb das „Vaterland“, die Zeitschrift des konservativen Landbesitzers in Sachsen: wenn die vom Bund der Landwirte geforderten Zölle nicht bewilligt würden, dann würden die Throne zusammenstürzen. Also einen Patriotismus nach Mark und Pfennig betätigten die Herren Konservativen. Als der König von Preußen für eine freie Reichs-Wahlrechtsreform sein Wort versprochen hatte, hinderten ihn die Konservativen daran, sein Wort einzulösen. Und den allerhöchsten Dienst haben die Konservativen der Monarchie während des Krieges dadurch erwiesen, daß sie einzelne Dynastien aufmunterten, ihre Hausmacht durch Thronansprüche in Polen, Litauen, Kurland, Finnland und Elsaß-Lothringen zu vergrößern. Wären die Konservativen die wahren Freunde der Monarchie gewesen, dann hätten sie sich 1917 einmütig hinter die Oberhoheit des Königs von Preußen gestellt und hätten Deutschland durch ein großes Reformwerk zu einem Volksstaate gemacht. Die preussische Wahlrechtsreform war die entscheidende Frage für die gesamte deutsche innere Politik, denn sie war eine Lebensnotwendigkeit nicht nur für Preußen, sondern für unser gesamtes Vaterland. Hätten wir noch 1917 ein freies Wahlrecht in Preußen und anderwärts erhalten, dann hätte auch der Krieg einen anderen Ausgang genommen, und wir befänden uns heute nicht inmitten der Revolution. Nebenbei liegen die Dinge für Sachsen, wo sich die Konservativen auf ihre Königsstreue etwas Besonderes zugute tun. Die sächsischen Konservativen verhinderten eine gemäßigte Schulreform. Sie waren gegen die Reform der ersten Kammer und gegen eine Reform des Landtagswahlrechtes. Sie wollten von einer großzügigen Umgestaltung der gesamten sächsischen Verfassung und Verwaltung nichts wissen. Unter allerlei Ausflüchten wurden die Reformen „zurückgestellt“. Die Konservativen haben nur ihre Klasseninteressen gekannt und die Staatsgewalt in deren Dienst gestellt, das hat selbst ein Mann wie Adolf Wagner ausgesprochen, der einmals zu den Konservativen gehört hatte.

Die Konservativen haben nunmehr ihre Rolle als „Triarier des Thrones“ ausgespielt. Jetzt fühlen sich die Deutschnationalen als die Schutzherrn des Altars. Die Revolution hat uns vor die Aufgabe der Trennung von Staat und Kirche gestellt. Sofort erheben die Deutschnationalen die Losung: „Kirche und Religion in Gefahr!“ zu ihrer Wahlparole. Auch die Deutsche demokratische Partei soll der Kirche Gefahr bringen. Schlechter als unter konservativer Zwangsherrschaft kann sich die Kirche kaum befinden. Die Deutsche demokratische Partei will niemanden seine Religion und seine Kirche rauben. Die Deutsche demokratische Partei verwahrt sich aber dagegen, daß Kirche und Religion von einer bestimmten Klasse zu Herrschaftszwecken mißbraucht werden. Soll die Kirche ihre Aufgabe erfüllen, eine wahrhafte Gemeinschaft der Gläubigen zu bilden, so muß sie von staatlichem Zwange befreit werden. Dabei ist die selbstverständliche Voraussetzung für die Deutsche demokratische Partei, daß die Kirche der wirtschaftlichen Sicherstellung bedarf. Wenn die Deutschnationalen offen und noch mehr verdeckt in engem Kreise behaupten, die Demokratie sei glaubensfeindlich, sie wolle den Kindern den Religionsunterricht nehmen usw., so sagen sie eine Unwahrheit. Und diese Art der Agitation leisten sich die Deutschnationalen in demselben Augenblicke, wo sie der Deutschen demokratischen Partei eine Gemeinlichkeit der Listen antragen wollten. Die Deutsche demokratische Partei darf auf die Zustimmung jedes deutschen Mannes und jeder deutschen Frau rechnen, wenn sie sagt: Unwahrhaftigkeit galt von jeher als undeutsch.

### Keine wesentliche Besserung der Waffenstillstandsbedingungen

× Berlin, 17. Januar. (Drahtbericht.) Unserer Berliner Schriftleitung. Der Meldung von der Unterzeichnung des neuen Waffenstillstandsvertrages glaubte ein Berliner Blatt hinzuzufügen zu können, daß erhebliche Verbesserungen der ursprünglichen Bedingungen erzielt worden seien. Eine Bestätigung dieser Nachricht liegt bis jetzt noch nicht vor. Tatsache ist, daß das Reichsamt für Wirtschaftssachen sich entschieden gegen die Forderung der Waffenablieferung landwirtschaftlicher Maschinen ausgesprochen und es abgelehnt hat, die Verantwortung für die Annahme dieser unerhörten Bedingungen zu übernehmen. Es würden uns alle Mittel fehlen, um die uns geforderten landwirtschaftlichen Maschinen, die wir selbst im Interesse unserer Volksernährung notwendig brauchen, wiederherstellen zu können. Auf demselben Standpunkt steht auch der Reichsminister des Reichsernährungsamtes. Sämtliche maßgebenden wirtschaftlichen Stellen erklären in der neuen Ententeformation die organisierte Vorbereitung der Hungersnot in Deutschland. Gegen diesen Vergewaltigungsversuch mit allen denkbaren Mitteln vorzugehen, ist aber schon durch die Kürze der Frist, die Marschall Koch für die Übernahme der Bedingungen gestellt hatte, außerordentlich erschwert gewesen.